

**Informationsblatt nach Art. 13 oder 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)  
bei der Stadt Detmold im Bereich der Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf**

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Detmold von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen Folgendes mit:

**Verantwortliche/r:**

Stadt Detmold  
Fachbereich 4, Soziales, Integration und Bürgerservice  
Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf  
Braunenbrucher Weg 18  
32756 Detmold  
E-Mail: fachstelle.bmib@detmold.de

**Datenschutzbeauftragte/r:**

Datenschutzbeauftragte/r der Stadt Detmold  
persönlich  
Marktplatz 5  
32756 Detmold  
E-Mail: datenschutz@detmold.de

**Zweck und Notwendigkeit:**

Die Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf verarbeitet personenbezogene Daten, soweit dies zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nach dem SGB IX erforderlich ist. Dies umfasst insbesondere:

- Beratung schwerbehinderter und gleichgestellter Menschen über Möglichkeiten einer behindertengerechten Arbeitsplatzausstattung sowie bei Problemen am Arbeitsplatz (§§ 185, 187 SGB IX)
- Prüfung und Gewährung von Förderleistungen im Rahmen der Ausgleichsabgabe (z.B. technische Arbeitshilfen, behinderungsgerechte Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsassistenz, berufliche Qualifizierung) für schwerbehinderte Menschen und Arbeitgeber (§ 185 Abs. 3 SGB IX i.V.m. SchwbAV)
- Durchführung des Kündigungsschutzverfahrens gem. §§ 168 ff. SGB IX bei Kündigungen schwerbehinderter Menschen
- Beratung von Arbeitgebern, Betriebs- und Personalräten, Mitarbeitervertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen (§ 187 SGB IX)
- Zusammenarbeit mit dem Inklusionsamt (LWL), Rehabilitationsträgern sowie Integrationsfachdiensten zur Sicherung von Arbeitsplätzen schwerbehinderter Menschen

**Rechtsgrundlage der Verarbeitung:****Verarbeitung allgemeiner personenbezogener Daten:**

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse) i.V.m. §§ 168 ff., 185, 187 SGB IX sowie der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV)
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung) i.V.m. SGB IX und SchwbAV
- Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Einwilligung) – nur ausnahmsweise einschlägig, soweit keine gesetzliche Grundlage besteht

**Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (insb. Gesundheitsdaten, Behinderungsdaten):**

- Art. 9 Abs. 2 lit. b DS-GVO (Verarbeitung im Bereich des Arbeitsrechts sowie des Rechts der sozialen Sicherheit) i.V.m. §§ 164, 168 ff., 185 SGB IX
- Art. 9 Abs. 2 lit. g DS-GVO (erhebliches öffentliches Interesse) i.V.m. § 185 SGB IX

Ergänzend finden Anwendung: DSG NRW, SGB X

**Kategorien personenbezogener Daten**  
(Art. 14 DS-GVO, soweit Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden)

Je nach Aufgabenbereich können insbesondere folgende Datenkategorien verarbeitet werden:

- Identifikations- und Kontaktdaten (Name, Anschrift, Geburtsdatum)
- Grad der Behinderung (GdB) und Art der Behinderung, Gleichstellungsbescheid der Agentur für Arbeit
- Beschäftigungsdaten (Arbeitgeber, Beschäftigungsart, Wochenarbeitszeit, Vergütungsgruppe, Tarifvertrag)
- Angaben zu Schwerbehindertenvertretung, Betriebsrat/Personalrat
- Angaben zu Renten- und Rehabilitationsträgern, sonstigen Kostenträgern
- Bankverbindung (bei Beantragung von Förderleistungen)

**Herkunft personenbezogener Daten**  
(soweit nicht bei der betroffenen Person erhoben)

Soweit eine gesetzliche Befugnis besteht oder die betroffene Person eingewilligt hat, können Daten auch bei folgenden Stellen erhoben werden:

- Arbeitgeber der betroffenen Person
- Schwerbehindertenvertretung, Betriebs- und Personalräten
- Rehabilitationsträgern (Krankenkassen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Rentenversicherungen)
- Integrationsfachdiensten und dem LWL Inklusionsamt Arbeit
- Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischen Fachkräften (soweit für die Aufgabenerfüllung erforderlich)
- Agentur für Arbeit (insb. bei Gleichstellungsbescheiden)
- Geldinstituten (bei der Abwicklung von Förderzahlungen)
- Versorgungsämter und Behörden (z.B. Landschaftsverband Westfalen-Lippe)

**Empfänger/Kategorien von Empfängern:**

Interne Stellen:

- Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf
- Finanzbuchhaltung und Stadtkasse der Stadt Detmold (bei der Abwicklung von Förderleistungen)
- Fachbereich 4 – Soziales, Integration und Bürgerservice (fachliche Zuständigkeit und Aufsicht)

Externe Stellen:

- OWL.IT für die Bereitstellung und Pflege der eingesetzten Programme
- LWL Inklusionsamt Arbeit (Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
- Rehabilitationsträger (Krankenkassen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Rentenversicherungen)
- Integrationsfachdienste (z.B. für hörgeschädigte, blinde/sehbehinderte, psychisch oder körperlich behinderte Menschen)

**Übermittlung an ein Drittland/internationale Organisation:**

Eine Übermittlung der verarbeiteten Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation ist nicht vorgesehen.

**Speicherdauer bzw. -kriterien:**

Die erhobenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist, für die sie erhoben wurden. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben:

- Akten zu Förderanträgen (insb. Zuschüsse für behindertengerechte Arbeitsplatzausstattung, Arbeitsassistenz): 10 Jahre nach Abschluss des Vorgangs (§ 147 AO i.V.m. § 17 SchwbAV)
- Akten aus Kündigungsschutzverfahren gem. §§ 168 ff. SGB IX: 5 Jahre nach Abschluss des Verfahrens; bei anhaltenden Rechtsstreitigkeiten länger entsprechend den gesetzlichen Verjährungsfristen

Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen, kann das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 3 DS-GVO eingeschränkt sein.

**Pflicht zur Bereitstellung der Daten:**

Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist in den Fällen gesetzlich erforderlich, in denen die Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf ihre gesetzlichen Aufgaben wahrnimmt – insbesondere im Rahmen der Prüfung von Förderleistungen oder der Durchführung von Kündigungsschutzverfahren.

Werden erforderliche Daten nicht bereitgestellt, kann dies dazu führen, dass Fördermöglichkeiten nicht geprüft, notwendige Maßnahmen nicht eingeleitet oder ein Kündigungsschutzverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

Soweit die Verarbeitung ausnahmsweise auf einer Einwilligung beruht, ist die Bereitstellung freiwillig. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden (siehe unten).

**Betroffenenrechte:**

Nach Art. 12 bis 22 DS-GVO stehen Ihnen unter anderem folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO), soweit keine Aufbewahrungspflichten entgegenstehen
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DS-GVO), soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO), soweit die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht

Zur Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich an die Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf (fachstelle.bmib@detmold.de) oder den behördlichen Datenschutzbeauftragten (datenschutz@detmold.de).

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Ihr Beschwerderecht (Art. 77 DS-GVO) können Sie bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wahrnehmen:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf

Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 38424-0

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

**Widerruf:**

Sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO beruht, kann diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Der Widerruf ist formlos möglich, z.B. per E-Mail an:  
fachstelle.bmib@detmold.de

Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

**Profiling/automatisierte Entscheidungsfindung:**

Ein Profiling/automatisierte Entscheidungsfindung seitens der Stadt Detmold findet nicht statt.